

Beschluss Keine Stadt ohne Kultur

Gremium: Landesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 23.03.2025
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Berlin ist weltweit als lebendige, vielfältige Stadt bekannt, in der die Kultur
2 eine zentrale Rolle spielt. Doch besonders dieser Bereich ist von den Kürzungen
3 des schwarz-roten Senats besonders betroffen. Kultur ist immer wichtig für den
4 gesellschaftlichen Austausch und Zusammenhalt, besonders in schwierigen Zeiten
5 wie diesen.. Umso wichtiger ist es, Kultur in der nächsten Legislatur wieder
6 ernst zu nehmen und Strukturen wieder aufzubauen und zu stärken.

7 Kulturelle Angebote müssen wohnortnah und für alle zugänglich sein, um eine
8 gerechte Teilhabe zu ermöglichen. Die Berliner Kultur muss diverser und
9 inklusiver werden, sowohl in ihrer Struktur als auch in ihrer Förderung, um die
10 unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen widerzuspiegeln. Dazu gehört auch
11 die kritische Auseinandersetzung mit kolonialem Erbe und die Rückgabe von
12 Raubkunst.

13 Kultur ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch ein sozialer und
14 politischer Faktor. Sie trägt zur Identität der Stadt bei und bietet Raum für
15 gesellschaftlichen Austausch und Diskussion. In dieser Hinsicht sind Clubkultur
16 und kulturelle Bildung genauso wichtig wie die Unterstützung von
17 Klimaschutzinitiativen innerhalb der Kulturbranche.

18 Die folgenden Forderungen skizzieren, wie eine zukunftsfähige, gerechte und
19 nachhaltige Kulturpolitik für Berlin aussehen kann, die die Bedürfnisse der
20 Kulturschaffenden und der Stadtgesellschaft berücksichtigt.

21 Freie Kulturszene

22 Ein großer Teil der Berliner Kulturschaffenden ist nicht in institutionell
23 geförderten Einrichtungen angestellt, sondern arbeitet in der Freien Szene.
24 Diese Szene umfasst eine Vielzahl von Künstler*innen, Kreativen und
25 Kulturschaffenden, die unabhängig und flexibel in verschiedenen Bereichen wie
26 Theater, Musik, bildende Kunst, Literatur, Tanz und anderen kulturellen
27 Disziplinen tätig sind. Anders als die großen, oft staatlich unterstützten
28 Kulturinstitutionen sind sie meist auf kurzfristige Projekte, Eigenfinanzierung
29 und wenig vorhersehbare Einkommensquellen angewiesen.

30 Die Kulturförderung muss flexibler, unbürokratischer und bedarfsgerechter
31 werden, um dieser Realität gerecht zu werden. Das bedeutet, dass
32 Antragsverfahren vereinfacht und die Fördermittel dort eingesetzt werden müssen,
33 wo sie am dringendsten benötigt werden. Es darf nicht sein, dass
34 Kulturschaffende aufgrund komplexer Antragsprozesse oder starrer Förderkriterien
35 auf der Strecke bleiben. Eine flexiblere Förderung würde es den Akteur*innen der
36 freien Szene ermöglichen, ihre Projekte schneller und mit weniger bürokratischem
37 Aufwand umzusetzen, sodass kreative Ideen ohne unnötige Hindernisse realisiert
38 werden können. Ebenso sollten Fördermittel gezielt an die spezifischen
39 Bedürfnisse der Freien Szene angepasst werden, wie etwa die Förderung von
40 Netzwerkbildung und die Stärkung von unabhängigen Strukturen und

41 Landesverbänden. Nur so kann die Vielfalt und Dynamik der Berliner
42 Kulturlandschaft in ihrer ganzen Breite erhalten bleiben.

43 Zentrale Forderungen:

- 44 • Erhöhung der Fördermittel und schnellere Bereitstellung
- 45 • Aufbau eines großen Raumpools für Kunstschaffende und die Förderung
46 unabhängiger Strukturen
- 47 • Zielgerichtete Unterstützung von kreativen Netzwerken

48 Transparenz in der Kulturförderung

49 Die Berliner Kulturförderung muss unbürokratisch und nachvollziehbar gestaltet
50 werden, um allen Kulturschaffenden gleichermaßen den Zugang zu ermöglichen.
51 Derzeit sind die Antragsverfahren oft komplex, und die Anforderungen für die
52 Beantragung von Fördermitteln können schwer verständlich und übermäßig
53 formalisiert sein. Dies stellt insbesondere kleinere Projekte und unabhängige
54 Kulturschaffende vor große Herausforderungen, da sie oftmals über wenig
55 administrative Ressourcen und Erfahrung im Umgang mit solchen Verfahren
56 verfügen.

57 Es ist daher wichtig, die Antragsprozesse deutlich zu vereinfachen und
58 transparenter zu gestalten. Die Förderkriterien sollten klar und verständlich
59 kommuniziert werden, damit die Antragsteller*innen genau wissen, welche
60 Voraussetzungen erfüllt sein müssen und welche Kriterien bei der Auswahl der
61 Förderprojekte berücksichtigt werden. Ein transparentes System würde auch
62 bedeuten, dass die Gründe für die Annahme oder Ablehnung eines Antrags
63 nachvollziehbar sind und nachvollzogen werden können.

64 Darüber hinaus sollte der gesamte Prozess der Kulturförderung von der
65 Antragstellung bis hin zur Mittelvergabe möglichst schnell und effizient
66 ablaufen. Ein unbürokratischer Zugang zu Fördermitteln würde es
67 Kulturschaffenden ermöglichen, ihre Projekte ohne langwierige Verzögerungen und
68 Unsicherheiten zu starten, was insbesondere für kurzfristige oder zeitkritische
69 kulturelle Vorhaben von großer Bedeutung ist.

70 Zentrale Forderungen:

- 71 • Vereinfachung der Antragsverfahren
- 72 • Klarere und verständlichere Förderkriterien
- 73 • Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen
- 74 • Schnelle und effiziente Mittelvergabe

75 Wohnortnahe Kultur

76 Wohnortnahe Kultur ist ein zentraler Bestandteil von inklusiven und lebendigen
77 Kiezen. Kulturelle Angebote direkt in der Nachbarschaft ermöglichen es den
78 Anwohner*innen, unabhängig von ihrem sozioökonomischen Hintergrund und ihrer
79 Mobilität, an kulturellen Aktivitäten teilzunehmen. Diese Form der
80 Kulturförderung schafft nicht nur Zugang zu kulturellen Erlebnissen, sondern

81 fördert auch den Austausch zwischen Kulturschaffenden und den Menschen, die in
82 einem bestimmten Stadtteil leben. In einem solchen Umfeld können sich kreative
83 Ideen entwickeln und gemeinsam mit den Bewohnerinnen des Kiezes an deren
84 Bedürfnissen und Wünschen orientiert werden.

85 Darüber hinaus trägt wohnortnahe Kultur aktiv zur Gestaltung und Identität der
86 jeweiligen Kieze bei. Sie ermöglicht es, öffentliche Räume zu beleben, das
87 soziale Miteinander zu stärken und einen Raum für Begegnung und Austausch zu
88 schaffen. Solche kulturellen Angebote können in vielen Formen auftreten – von
89 kleinen lokalen Ausstellungen und Konzerten bis hin zu größeren Kulturfesten
90 oder interaktiven Projekten, die den Stadtteil aktiv einbeziehen.

91 Die Förderung solcher Projekte ist besonders wichtig, um auch Menschen zu
92 erreichen, die möglicherweise keinen Zugang zu zentraleren, großen
93 Kultureinrichtungen haben. Hierdurch wird Kultur für alle zugänglich gemacht und
94 gleichzeitig ein Beitrag zur sozialen Kohäsion und zur Förderung eines
95 vielfältigen, bunten Stadtlebens geleistet.

96 Zentrale Forderungen:

- 97 • Kiezorientierte Kulturprojekte
- 98 • öffentliche Räume mehr für kulturelle Angebote öffnen
- 99 • Förderung von kulturellen Angeboten in den Kiezen

100 Diversität in der Kultur

101 Die Kulturpolitik in Berlin muss eine feministische und diversitätsorientierte
102 Perspektive einnehmen, um die Vielfalt der Gesellschaft widerzuspiegeln und
103 strukturelle Ungleichheiten abzubauen. Die Berliner Kulturlandschaft, sowohl in
104 den etablierten Institutionen als auch in der freien Szene, ist noch immer von
105 einer überwiegenden weißen, männlichen und heteronormativen Dominanz geprägt,
106 besonders in den Führungsetagen und in den Bereichen, die über Ressourcen und
107 Fördermittel entscheiden. Diese strukturellen Ungleichgewichte müssen aktiv
108 verändert werden, um die Vielfalt der Stadtgesellschaft widerzuspiegeln und
109 allen Kulturschaffenden gleiche Chancen zu bieten.

110 Diversität in der Kultur bedeutet, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft,
111 Geschlechter, sexueller Orientierungen, sozialer Hintergründe und
112 Lebensrealitäten nicht nur in der breiten Öffentlichkeit, sondern auch in den
113 Entscheidungsprozessen vertreten sind. Dies gilt sowohl für die Zusammensetzung
114 von Teams in kulturellen Einrichtungen als auch für die Vergabe von
115 Fördermitteln. Es müssen verbindliche Zielvereinbarungen für mehr Diversität in
116 den Personalstrukturen von Kultureinrichtungen und -projekten eingeführt werden,
117 um Chancengleichheit zu gewährleisten. Ebenso sind
118 Antidiskriminierungsschulungen für Personalverantwortliche und
119 Entscheidungsträger*innen notwendig, um sicherzustellen, dass Diskriminierung
120 und Vorurteile aktiv abgebaut werden.

121 Um eine gerechtere und inklusivere Kulturpolitik zu erreichen, muss Diversität
122 als wesentliches Kriterium bei der Vergabe von Fördermitteln berücksichtigt
123 werden. Nur so können kulturelle Institutionen und Projekte geschaffen werden,

124 die wirklich alle Menschen erreichen und eine Kultur des Miteinanders und der
125 Anerkennung fördern.

126 Zentrale Forderungen:

- 127 • Verbindliche Zielvereinbarungen für mehr Diversität in Kultureinrichtungen
- 128 • Antidiskriminierungsschulungen
- 129 • Schwerpunktförderungen für FINTA*s und BIPOCs

130 Koloniales Erbe Berlins aufarbeiten

131 Deutschland muss endlich Verantwortung für seine koloniale Vergangenheit
132 übernehmen, insbesondere im Hinblick auf die Raubkunst, die in vielen deutschen
133 Museen, einschließlich der Berliner Museen, ausgestellt wird. Diese Objekte, die
134 einen erheblichen kulturellen und historischen Wert für die
135 Herkunftsgesellschaften haben, wurden während der Kolonialzeit ohne Zustimmung
136 oder fairen Austausch aus ihren Heimatländern entfernt. Die Ausstellung dieser
137 Objekte in Berliner Museen, besonders im Humboldt Forum, stellt ein weiteres
138 Zeugnis dieser kolonialen Ausbeutung dar.

139 Es ist längst überfällig, dass Deutschland diese Geschichte anerkennt und
140 Verantwortung übernimmt. Der erste Schritt muss die Rückgabe der Raubkunst an
141 die Herkunftsländer sein. Kein Objekt sollte mehr in deutschen Museen
142 ausgestellt werden, wenn nicht eindeutig geklärt werden kann, dass es nicht
143 unter kolonialen Bedingungen entwendet wurde. Zudem müssen ernsthafte Gespräche
144 mit den betroffenen Staaten und Gemeinschaften geführt werden, um die Objekte
145 respektvoll und unter fairen Bedingungen zurückzugeben.

146
147 Neben Kulturgütern befinden sich in Berlin noch mehrere tausend Gebeine aus den
148 ehemaligen Kolonien, in Universitäten, Museen und der Charité. Hier muss endlich
149 eine Aufarbeitung stattfinden: Alle entsprechenden Objekte müssen identifiziert
150 und im Austausch mit den Nachfahren beziehungsweise den betroffenen Communities
151 ein würdiger Umgang gefunden werden.

152 Die Auseinandersetzung mit kolonialem Erbe ist ein notwendiger Schritt auf dem
153 Weg zu einer gerechteren und inklusiveren Gesellschaft. Es geht dabei nicht nur
154 um die Rückgabe von Kunstwerken, sondern auch um die Anerkennung des Unrechts,
155 das mit der kolonialen Ausbeutung verbunden war. Dazu soll an einem zentralen
156 Ort in Berlin ein Mahnmal errichtet werden, das an die Opfer des Kolonialismus
157 erinnert. Deutschland muss als ein Land, das sich zur Verantwortung für seine
158 Geschichte bekennt, eine führende Rolle in der internationalen Debatte über
159 Restitution und die Aufarbeitung kolonialer Vergehen übernehmen.

160 Zentrale Forderungen:

- 161 • Rückgabe von kolonialer Raubkunst an die Herkunftsgesellschaften
- 162 • Rückgabe von menschlichen Gebeinen an die Herkunftsgesellschaften
- 163 • Kritische Hinterfragung der Gedenkkultur
- 164 • Einrichtungen eines Mahnmals für die Opfer des Kolonialismus

165 Clubkultur

166 Clubs sind nicht nur wichtige Kulturstätten, sondern auch bedeutende Orte für
167 soziale und politische Prozesse. Sie bieten Raum für kreative Ausdrucksformen,
168 kulturelle Vielfalt und gesellschaftliche Auseinandersetzungen. Die Berliner
169 Clubkultur ist immaterielles Weltkulturerbe und damit auch ein zentraler
170 Bestandteil der kulturellen Identität der Stadt und zieht jährlich
171 hunderttausende Besucher*innen aus aller Welt an. Ihre Vielfalt und Kreativität
172 tragen wesentlich zur urbanen Lebensqualität bei. Um diese einzigartige Szene
173 langfristig zu erhalten, braucht es eine Kulturpolitik, die ihre Räume schützt
174 und ihre Entwicklung aktiv fördert.

175 Ein wichtiger Schritt ist der Baustopp des 17. Bauabschnittes A100, um
176 kulturelle Räume und soziale Treffpunkte wie Clubs zu erhalten, anstatt komplett
177 aus der zeitgefallene Verkehrsprojekte der 50er umzusetzen. Zudem sollte auf
178 Bundesebene eine Änderung des Baugesetzbuches (BauGB) angestrebt werden, um
179 Clubs als feste Bestandteile der urbanen Kultur zu schützen und ihre rechtliche
180 Anerkennung zu stärken. Diese Maßnahmen helfen, die kulturelle Vielfalt in der
181 Stadt zu bewahren.

182 Zentrale Forderungen:

- 183 • Baustop des 17. Bauabschnittes A100
- 184 • Änderung des Baugesetzbuches
- 185 • Erhöhung des Schallschutzfonds und Zwischennutzungskonzepte
- 186 • Raves und sonstige Open-Air-Events rechtssicher und bürokratiearm zu
187 ermöglichen

188 Kulturelle Bildung für alle

189 Kulturelle Bildung soll nicht nur in der Schule stattfinden, sondern auch
190 außerhalb von klassischen Bildungseinrichtungen zugänglich sein. Besonders
191 wichtig ist es, selbstorganisierte Projekte von Kindern und Jugendlichen in
192 ihren Kiezen zu fördern, da diese oft die größten Chancen bieten, die
193 Kreativität und das Engagement junger Menschen zu wecken. Solche Projekte
194 ermöglichen den Teilnehmer*innen, eigene Ideen zu entwickeln, die lokale
195 Gemeinschaft zu gestalten und mit anderen Menschen in ihrem Umfeld in Austausch
196 zu treten.

197 Durch die Förderung dieser Projekte erhalten Kinder und Jugendliche nicht nur
198 Zugang zu kulturellen Ausdrucksformen, sondern lernen auch wichtige soziale und
199 organisatorische Fähigkeiten. Dies stärkt das Gemeinschaftsgefühl und
200 unterstützt die Entwicklung von Verantwortung, Eigeninitiative und Teamarbeit.
201 Es ist wichtig, dass Anlaufstellen für solche Projekte geschaffen werden, die
202 Unterstützung sowohl auf finanzieller als auch auf personeller Ebene bieten, um
203 jungen Menschen in ihrem kreativen Schaffen zur Seite zu stehen. Diese Art der
204 kulturellen Bildung sollte gezielt in benachteiligten Stadtteilen gefördert
205 werden, um allen Jugendlichen unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund gleiche
206 Chancen zu bieten.

207 Zentrale Forderungen:

- 208 • Förderung selbstorganisierter kultureller Projekte von Kindern und
209 Jugendlichen
- 210 • Einrichtung von Anlaufstellen zur Unterstützung solcher Projekte
- 211 • Erhöhung des Projektfonds Kulturelle Bildung und Erweiterung der Kinder-
212 und Jugendjurys